

*Vor dem Beginn der 16. Runde der Friedensverhandlungen in Havanna hat der Oberkommandierende der FARC, "Timochenko", der nicht mit am Verhandlungstisch sitzt, zur Frage der zeitlichen Verknüpfung von Verhandlungsverlauf und Wahlen 2014 Stellung genommen.*

*EL ESPECTADOR berichtet darüber am 22.10.2013:*

### **Vorwärts, vorwärts, vorwärts**

Die 16. Runde der Gespräche zwischen FARC und Regierung beginnt heute (22.10.2013) in Havanna und die Zeit drängt. Am 19. November wird ein Jahr vergangen sein, seit der Verhandlungstisch installiert wurde, und Präsident Santos hat gesagt, das sei der Moment, in dem man Ergebnisse bewerten und Entscheidungen treffen müsse. Sechs Tage später läuft die Frist ab, innerhalb derer der Staatschef dem Land erklären muss, ob er zur Wiederwahl antreten wird oder nicht. In den Sitzungsräumen des Tagungszentrums in Havanna konzentriert sich die Diskussion jetzt auf den zweiten Punkt der vereinbarten Agenda der Gespräche, nämlich die politische Beteiligung. Dies ist ein Thema, bei dem sich zeigte, dass es ein Eckstein im Friedensprozess ist. Und zwar in der Weise, dass der Wahlkalender und die Frist, die der Staatschef gesetzt hat, diese neue Verhandlungsrunde überschatten.

So stellte es der Delegationsleiter der Regierung, Humberto de la Calle, dar, bevor er nach Havanna abreiste und die Instruktion des Präsidenten bestätigte, wonach es "Fortschritte bei den Resultaten" geben müsse. De la Calle betonte, dass Santos den Fortgang des Prozesses laufend verfolge. Die Regierung weiß, dass diese Verhandlungsrunde entscheidend, wenngleich noch nicht definitiv sein wird, denn obgleich am Verhandlungstisch intensiv gearbeitet wird, fehlen noch Festlegungen hinsichtlich einiger Punkte, bevor das Kapitel der politischen Mitwirkung geschlossen werden kann. In gewisser Weise arbeitet man in Havanna nicht mehr chronologisch nach der Agenda, sondern man ist dazu übergegangen, in alle Themen der Agenda gleichzeitig einzutreten. Man erwägt sogar, die Methodik der Verhandlungen zu ändern, um die Debatten zu beschleunigen und sich dem Abschluss einer Vereinbarung zu nähern, ohne jedoch die vereinbarte Agenda zu ändern.

Deshalb hat de la Calle darauf bestanden, dass die Delegationen sich auf die vereinbarten Punkte konzentrieren sollen und sich taub stellen müssten gegenüber dem, was außerhalb des Verhandlungstisches passiert: Dies dürfe weder Einfluss auf die Kämpfe zwischen den Streitkräften und der Guerrilla noch auf die Erklärungen beider Seiten haben. Genau zu diesem Zeitpunkt hat der Oberkommandierende der FARC, Timoleón Jiménez, in einem über das Internet verbreiteten Offenen Brief erneut die Regierung angegriffen, indem er andeutete, diese habe versucht, die Langsamkeit der Gespräche der FARC anzulasten und damit die Wiederwahlhoffnungen von Präsident Santos zu verschleiern. Nach dem Chef der Aufständischen liegt das Hauptproblem für die Verhandlungen in den unterschiedlichen Verhandlungskonzepten. Die FARC sei der Ansicht, dass die Gespräche zu strukturellen Veränderungen im Land führen müssten und dass der Präsident eine Kapitulation der FARC beabsichtige.

"Das ist die wahre Schwierigkeit, der der Prozess in Havanna ausgesetzt ist. Wenige Monate vor dem Ende seines Mandats führt das zur Notwendigkeit, Ergebnisse zu zeigen, die seine Wiederwahl rechtfertigen und Präsident Santos beobachtet ängstlich, dass seine militärischen Pläne der Auslöschung der FARC gescheitert sind. Und dass die FARC auch nicht akzeptiert, sich zu unterwerfen, wie er getönt hat," drückte Timochenko in seiner Botschaft aus. Aber über solche Erklärungen hinaus, die durch die Medien rauschen, ist es gewiss, dass von heute an

eine Runde intensiver Arbeit in Kuba beginnt. Es ist das klare Ziel der Delegationen, sobald wie möglich ein Abkommen zu liefern und damit den Kolumbianern ein wenig Ruhe zu verschaffen.

Wie EL ESPECTADOR aus Quellen erfuhr, die nahe am Prozess sind, ist der Hauptstreitpunkt bei der politischen Mitwirkung verknüpft damit, welche Garantien zu politischen Betätigung jenen gegeben werden, die die Waffen niederlegen, also ein Problem, das für die FARC vorrangige Punkte enthält: Garantien des Lebens, die für die FARC die Abkehr vom Konzept des "internen Feindes" in der Sicherheitsdoktrin der Regierung und die Auflösung des Paramilitarismus darstellen und die zu einem Statut für die Opposition führen soll, sowie zu Reformen der Politik und des Wahlrechts. Man kann annehmen, dass die Regierung davon ausgeht, dass über 80% dieses Punktes bereits Einvernehmen bestehe und nur noch fehle, sich zusammzusetzen um eine Teilvereinbarung zu formulieren und dem kolumbianischen Volk zu verkünden.

Auch gibt es zwei Dinge, die der Staatschef schnellstens geregelt bekommen muss. Zuerst ist das die letzte Lesung und parlamentarische Annahme des Gesetzentwurfs, der es ermöglichen soll, dass eventuelle Vereinbarungen der Bevölkerung in einem Referendum gleichzeitig mit den Parlaments- oder den Präsidentschaftswahlen zur Abstimmung vorgelegt werden. Und parallel dazu muss der Besuch der Repräsentanten der Parteien und anderer politischer Kräfte in Havanna stattfinden, der bereits vom Präsidentenpalast autorisiert wurde. Gestern bei Redaktionsschluss diskutierte der Senat das Gesetz über das Referendum, dessen Verabschiedung unmittelbar bevorsteht. Wenn dies geschieht, erhofft man, dass bis zum Samstag die Fortschritte in Havanna wenigstens soweit gehen werden, dass die Delegierten der Parteien nach Havanna reisen können, um ihre politische Unterstützung zum Ausdruck zu bringen. Was das Referendum angeht, so haben gestern die Sprecher der unterstützenden Parteien sich geeinigt und Juan Fernando Cristo, der Präsident des Abgeordnetenhauses, unterstrich, dass er "dem Frieden und dem Referendum verpflichtet ist. Diese Woche soll die Verabschiedung erfolgen und das Gesetz dem Verfassungsgericht zu Prüfung vorgelegt werden".

Cristo erklärte ebenfalls, "der Prozess verläuft langsam und die FARC muss verstehen, dass man aufs Gaspedal treten muss, denn die Kolumbianer werden nicht Jahre, sondern nur Monate warten, bis der Prozess endet und eine definitive Unterschrift erfolgt, um den Konflikt zu überwinden".

So ist dies nun wirklich eine entscheidende Runde für die Gespräche. Für die Delegationen steht auf dem Spiel, ob eine Übereinkunft über den zweiten Punkt der Agenda oder zumindest in seinen Eckpunkten erreicht wird und man sich auf die 17. Verhandlungsrunde vorbereiten kann, die beginnen wird, wenn der Prozess ein Jahr gelaufen sein wird, dass die Kolumbianer einen Bericht über die Ergebnisse erhalten werden und dass man sich erklärt, wie die Verhandlungen im Wahljahr laufen sollen, das formell am 25. November beginnt, wenn Santos dem Land erklären muss, ob er seine Wiederwahl anstrebt oder nicht.